
Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

16 Vergabe der diesjährigen Wissenschaftspreise

Am 1. Februar 2002 wurden zwei Wissenschaftler mit dem höchsten staatlichen Wissenschafts- und Technologiepreis (*Guojia zuigao kexue jishu jiang*) für das Jahr 2001 ausgezeichnet. Der Preis, der erst im Jahr 2000 eingerichtet wurde, wird jedes Jahr an zwei herausragende Wissenschaftler vergeben und ist mit jeweils 5 Millionen Yuan dotiert. In diesem Jahr ging er an den Computerwissenschaftler Wang Xuan (Jg. 1937) und an den Physiker Huang Kun (82 Jahre). Die Preise wurden den beiden Wissenschaftlern von Jiang Zemin persönlich im Rahmen einer großen Veranstaltung von Partei und Regierung übergeben.

Wang Xuan gilt als „Vater des Laserdrucks für Chinesisch“ und als derjenige, der Chinas Druckereiwesen revolutionierte. Seit Mitte der 1970er Jahre widmete er sich der Forschung und Entwicklung des Laserdrucks mit chinesischen Schriftzeichen und elektronischer Publikationssysteme. Er ist der Erfinder eines Laserdrucksystems der vierten Generation. In China verwenden 90 Prozent der Printmedien sein System; im Ausland ist es allerdings noch nicht auf dem Markt. Seit 1984 ist Wang Professor an der Universität Beijing und Direktor des Instituts für Computerwissenschaft und -technologie an dieser Universität. Im Jahre 1992 wurde er zum Akademienmitglied der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, 1994 zum Akademienmitglied der Chinesischen Akademie der Ingenieurwissenschaften gewählt. 1995 wurde er Direktor des Founder R&D Center und Vorstandsvorsitzender der Founder (Holding) Ltd. In seiner Arbeit verbindet er Forschung, Lehre und Wirtschaftspraxis.

Huang Kun kehrte Anfang der 1950er Jahre aus Großbritannien, wo er mit Max Born zusammengearbeitet hatte, nach China zurück. Sein Spezialgebiet ist die Festkörperphysik. Zusammen

mit Max Born verfasste er eine Monographie über die Gittertheorie der Kristalle. Bis 1977 lehrte Huang an der Universität Beijing, seitdem war er Direktor des Halbleiterinstituts der Chinesischen Akademie der Wissenschaften. Mit seiner Forschungsgruppe erhielt er zwischen 1977 und 1983 fast 40 Auszeichnungen.

In einem Leitartikel der *Volkszeitung* (RMRB, 2.2.02) wurden die beiden Wissenschaftler gefeiert und als Vorbilder für den wissenschaftlichen Nachwuchs herausgestellt. Zugleich wurde deutlich, dass die Wissenschaftspreise Ausdruck der von Partei und Regierung propagierten Strategie sind, das Land durch Wissenschaft und Bildung zu erneuern. Vor allem sollen die Preise junge Wissenschaftler zu Innovationen anspornen. In dem Leitartikel wurden auch grundsätzliche Bemerkungen zur Forschungspolitik gemacht. Seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik, so heißt es, habe China ausgiebig die fortgeschrittenen Technologien des Auslands studiert und sich angeeignet. Dadurch hätten sich Chinas technologisches Niveau ebenso wie seine nationale Stärke deutlich erhöht. Heute werde Chinas wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit mehr und mehr nach seiner Innovationsfähigkeit bemessen. Deshalb sei es heute nicht mehr möglich, den Fußstapfen anderer Länder zu folgen und deren Erfindungen zu kopieren. Stattdessen müsse China selbst initiativ werden, um seine Industrie umzustrukturieren und den wissenschaftlich-technischen Abstand zum fortgeschrittenen internationalen Niveau zu verringern. China wolle nicht ausschließlich von ausländischer Technologie abhängig sein, sondern durch harte Arbeit seine Innovationsfähigkeit steigern und die Schlüsseltechnologien beherrschen. Das Ziel müsse sein, sich hauptsächlich auf eigene Erfindungen zu stützen.

Neben dem höchsten staatlichen Wissenschaftspreis gibt es noch vier weitere staatliche Wissenschaftspreise: den Preis für Naturwissenschaften, den Preis für technologische Erfindungen, den Preis für wissenschaftlich-technischen Fortschritt und den Preis der VR China für internationale Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet. Auch diese Preise wurden auf der Veranstaltung am 1. Fe-

bruar verliehen. Allerdings wurden die jeweils ersten Preise für Naturwissenschaften und für technologische Erfindungen nicht vergeben, und das nun schon zum vierten Mal in Folge. Für beide Auszeichnungen wurden nur zweite Preise verliehen. Der Leiter des Staatlichen Büros für Wissenschafts- und Technologiepreise begründete diese Entscheidung damit, dass sich das Gutachtergremium an internationale Kriterien der Begutachtung halte. Die chinesische Wissenschaft sei nicht innovativ genug. Man wolle nur wirkliche Durchbrüche in der Forschung auszeichnen. Dies bedeutet, dass China seine Forschung nicht nach eigenen Maßstäben bewertet, sondern sich an der Weltspitze misst. (Vgl. RMRB, GMRB, XNA, 2. u. 3.2.02) -st-

17 Neue Zahlen zur Alphabetisierung

Auf einer kürzlich vom Bildungsministerium einberufenen Tagung zur Alphabetisierungsarbeit wurden die neuesten offiziellen Zahlen zum Stand der Alphabetisierung bekannt. Danach lernten zwischen 1990 und 2000 in ganz China 48,68 Mio. Menschen lesen und schreiben. In diesem Jahrzehnt sank die Analphabetenrate unter Erwachsenen (d.h. Menschen ab 15 Jahre) von 1990: 22,23% auf 2000: 8,72%. Damit verringerte sich die Zahl erwachsener Analphabeten von 182 Mio. auf 85,07 Mio. Unter ihnen sank der Anteil jüngerer Analphabeten von 10,34% auf unter 4,8% oder in absoluten Zahlen von 61,71 Mio. auf rund 20 Mio.

Das staatlich proklamierte Bildungsziel, bis Ende 2000 das Analphabetentum unter Erwachsenen abgeschafft zu haben, hatten bis dahin 24 Provinzen, autonome Gebiete und regierungsmittelbare Städte (von insgesamt 31 Provinzeinheiten) erreicht. Das waren gut 2.800 Kreise; sie waren von der jeweiligen Provinzregierung überprüft worden. Dies wird als Erfolg gesehen, und es wird betont, dass selbst die Unesco diese Arbeit sehr gelobt habe.

Trotzdem gibt es eine Reihe von Problemen. So ist das Analphabetentum hauptsächlich noch in den abgelegenen, grenznahen und armen Dörfern verbreitet. Unter den dortigen Analphabeten ist der Anteil von Menschen

mittleren Alters und von Frauen besonders hoch. Dies macht die Arbeit kompliziert, denn in diesen Gegenden gibt es weder Zeitungen noch sonstigen Lesestoff, so dass eine Konsolidierung des Gelernten schwierig ist und die Menschen wieder ins Analphabetentum zurückfallen. Hinzu kommt, dass die Mobilität der Bevölkerung zunimmt, dass in den betr. Gegenden Schulen fehlen, dass die Zahl der Schulabbrecher hoch ist und so immer wieder neue Analphabeten produziert werden. All dies macht die Arbeit im Kampf gegen das Analphabetentum nicht leichter.

Angesichts dieser Situation hat die Regierung für den 10. Fünfjahrplan (2001-2005) die folgenden Ziele aufgestellt: Diejenigen Kreise, die das Ziel, das Analphabetentum bis 2000 im Wesentlichen abzuschaffen, noch nicht erreicht haben, müssen innerhalb von fünf Jahren nach Einführung der Primarbildung über 95% ihrer jüngeren Leute alphabetisiert haben. Diejenigen Kreise, die das Ziel bereits erreicht haben, müssen die Konsolidierungsrate der alphabetisierten jüngeren Menschen auf der Ebene der Gemeinden und Kleinstädte auf über 95% steigern. Außerdem müssen sie unter lernfähigen Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren das Analphabetentum gänzlich abschaffen. Verstärkt sollen die Dörfer ins Blickfeld genommen werden. Das Lesen- und Schreibenlernen selbst erfolgt in den ländlichen Grund- und Mittelschulen sowie in Erwachsenen-schulen. Zuständig für die Überprüfung sind die Kreise. (Vgl. GMRB, 5.2.02, A2) -st-

18 Mehr Studienplätze

Seit einigen Jahren verfolgt die Regierung eine Politik der Ausweitung des Hochschulstudiums. Auch in diesem Jahr werden wieder deutlich mehr Kandidaten zum Hochschulstudium zugelassen, nämlich 150.000 mehr als im Jahr 2001. Insgesamt sollen 2,75 Mio. Studienanfänger zugelassen werden. Im Jahre 2001 lag die Zahl der Neuzugänge an den Universitäten und Hochschulen bei 2,6 Mio., das waren sogar 800.000 mehr als im Vorjahr. Wie es heißt, erhielten dabei 60 Prozent aller Bewerber einen Studienplatz. Bis zum Jahr 2005 soll sich die

Zahl der Hochschulstudenten auf 16 Mio. erhöhen. Im Jahre 2000 waren es 11 Mio. (XNA, 23.2.02) -st-

19 Privatschulen in der Diskussion

In den letzten Jahren werden in zunehmendem Maße Privatschulen gegründet (vgl. dazu C.a., 2000/9, Ü 21). Der Staat sieht sie als wichtige Ergänzung zum öffentlichen Schulwesen, hält aber daran fest, dass im Pflichtschulbereich (Primarstufe und Sekundarstufe I) öffentliche Schulen dominieren sollen. Er befürwortet Privatschulen also in erster Linie für Kindergärten sowie für die Sekundarstufe II (vor allem für die berufliche Bildung) und im tertiären Sektor. Trotzdem werden in jüngster Zeit immer mehr private Grund- und Mittelschulen errichtet, vor allem in den wohlhabenden Ostgebieten; sie sind meist sehr viel besser als die öffentlichen Schulen und machen mittlerweile den staatlichen Schwerpunktschulen Konkurrenz. Deshalb steigt auf Seiten der Eltern die Nachfrage nach qualitativer Schulbildung für ihre Kinder, denn private Eliteschulen scheinen ein sicherer Weg zum Hochschulstudium zu sein. Zudem können es sich die wohlhabenderen Schichten leisten, ihren Kindern eine teure Schulbildung zu bieten.

Von Anfang an waren Privatschulen nach ihrer Wiedererrichtung in den 1980er Jahren bei Pädagogen und Bildungspolitikern nicht unangefochten, zumal im Pflichtschulbereich. In den ersten Jahren wurde hauptsächlich die mangelhafte Qualität der Privatschulen kritisiert. In jüngster Zeit sind die Privatschulen wieder in die Diskussion gekommen, und zwar geht es um zwei Themen: die Frage, ob Privatschulen Gewinne machen dürfen, und das Problem der Umwandlung öffentlicher in private Schulen.

Zum ersten Thema wird von konservativer Seite argumentiert, Bildung sei eine Sache zum Wohle der Allgemeinheit, sie dürfe nicht gewerblich betrieben werden wie ein Unternehmen und dürfe auch keine Gewinne machen. Diese Kreise wollen nicht sehen, dass die Marktwirtschaft auch im Bildungswesen Einzug gehalten hat und dass Bildung zunehmend vermarktet

wird. Investoren, die ins Schulwesen investieren, rechnen damit, dass sich ihre Investitionen in zehn bis fünfzehn Jahren amortisieren.

Was das zweite Thema betrifft, so hat sich in den letzten Jahren die Praxis ausgeweitet, dass öffentliche Schulen, und zwar vielfach Schwerpunktschulen, private Zweige oder private Klassen einrichten. Hier muss Schulgeld bezahlt werden und dafür wird eine sehr gute Schulbildung geboten. Die Gründe sind zum einen die gesteigerte Nachfrage von Seiten der Gesellschaft, zum anderen Geldmangel auf Seiten der Schulen bzw. geweckte Begehrlichkeiten, zusätzlich Geld zu verdienen. Bereits 1997 hat der Staat verboten, dass in Grund- oder Mittelschulen Privatschulen oder private Klassen eingerichtet werden. Es sollte verhindert werden, dass Schulen nach dem Prinzip „eine Schule – zwei Systeme“ arbeiten (in Anlehnung an das Prinzip „ein Land – zwei Systeme“). Nur ein Jahr später allerdings wurden solche Einrichtungen unter bestimmten Bedingungen gestattet, wohl als Reaktion auf die Macht des Faktischen. Seitdem dürfen öffentliche Schulen versuchsweise Privatschulen oder -klassen gründen, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllen:

1. eigene Rechtsperson,
2. eigenen Kampus und eigenes Schulgebäude,
3. selbstständige Haushaltsführung,
4. selbstständiges Betreiben der Schule.

Kritisiert wird nun, dass viele Schulen sich nur der Form nach an diese Bestimmungen halten, in Wirklichkeit aber nach dem Prinzip „eine Schule – zwei Systeme“ handeln. Der Hauptvorwurf lautet, diese „falschen“ Privatschulen würden staatliches Eigentum für private Zwecke nutzen. Schulgebäude, Ausstattung usw., die mit öffentlichen Mitteln finanziert worden seien und der Allgemeinheit zugute kommen müssten, würden für eine kleine Zahl von Kindern wohlhabender Eltern bereitgestellt und der allgemeinen Nutzung entzogen. Gefordert werden auf der einen Seite Kompensationen, auf der anderen Seite eine schärfere Aufsicht und Kontrolle. (Vgl. dazu RMRB, 3.2.02; GMRB, 21.2.02)

Insgesamt gesehen, nehmen Privatschulen im Pflichtschulbereich, also auf der Grundschulebene und der Sekundarstufe I, immer noch einen sehr geringen Anteil ein. Im Schuljahr 1996/97 sollen es landesweit 0,4 Prozent gewesen sein (GMRB, 21.2.02). Dieser Prozentsatz verdeckt die Tatsache, dass Privatschulen vor allem in den entwickelten Küstenprovinzen konzentriert sind. Im Übrigen dürfte er sich seitdem weiter erhöht haben. Die Entwicklung auf diesem Gebiet ist den staatlichen Bestimmungen immer voraus. Dies dürfte auch ein Grund dafür sein, dass es bislang noch kein Gesetz gibt, das die Privatschulen oder, wie es im Chinesischen heißt, „die Schulen, die von gesellschaftlichen Kräften betrieben werden“, regelt. Derzeit sind die am 31. Juli 1997 erlassenen „Bestimmungen für nichtstaatliche Schulen“ die wichtigste rechtliche Grundlage (vgl. C.a., 1997/8, Ü 10). -st-

Außenwirtschaft

20 „USA und China haben gemeinsame wirtschaftliche Interessen“

Die Reise von US-Präsident Bush nach China vom 21. bis 22. Februar 2002 hat dort im Vorfeld eine Reihe von öffentlichen Stellungnahmen zu den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ausgelöst. Schwerpunkt der Äußerungen hochrangiger Politiker ist der Hinweis auf gemeinsame wirtschaftliche Interessen. In einem Interview mit der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua hob der Vorsitzende der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission Zeng Peiyan hervor, dass beide Länder sich wirtschaftlich ergänzen würden, ein hohes Entwicklungspotenzial besitzen und gemeinsame Interessen in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit verfolgten. Trotz der Fluktuationen in den Beziehungen, hätte sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit stetig entwickelt.

Seit dem letzten Treffen von Präsident Jiang Zemin mit US-Präsident Bush im Oktober letzten Jahres hätten sich die Beziehungen wei-

ter gut entwickelt. Mit dem Besuch von US-Präsident Bush werde Zeng zufolge die Hoffnung auf eine Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit verknüpft. Nach dem Beitritt Chinas zur WTO sei eine weitere Öffnung der Dienstleistungsbranchen wie Banken, Versicherungen, Telekommunikation, Einzelhandel, Außenhandel, Tourismus, Transport, Buchprüfung und Rechtsberatung vorgesehen, die auch für US-Unternehmen attraktive Geschäftsmöglichkeiten bieten würden.

Von der US-Seite werde eine Lockerung der Kontrolle über Exporte und Investitionen im Hightech-Bereich sowie die Erfüllung der Verpflichtungen im bilateralen Abkommen zwischen den USA und China über die landwirtschaftliche Zusammenarbeit erwartet.

Zeng nannte nochmals die bisherigen Fortschritte in den bilateralen Beziehungen. So sei China inzwischen der viertwichtigste Handelspartner der USA und die USA der zweitwichtigste Handelspartner für China (im Jahre 2001 allerdings sogar der wichtigste Exportmarkt). Trotz des konjunkturellen Abschwungs in den USA seit dem 4. Quartal des Jahres 2000 habe der bilaterale Außenhandel im Jahre 2000 eine Zunahme um 21,2% und im Jahre 2001 um 8,1% erfahren. Rund 34.000 Investitionsprojekte von Unternehmen aus den USA mit einem vertraglich zugesagten Investitionswert von 68 Mrd. US\$ wurden Zeng zufolge genehmigt, davon seien bereits rd. 35 Mrd. US\$ realisiert. Allein im Jahre 2001 investierten US-Unternehmen nach Angaben von Zeng 4,86 Mrd. US\$ mit Schwerpunkt in den Bereichen Maschinenbau, Kfz, Telekommunikation, Computer, Petrochemie, Energie, Infrastruktureinrichtungen, Finanzen und Versicherungen.

Eine Reihe von US-Unternehmen, so Zeng, hätten eine wichtige Position in einzelnen Märkten aufbauen können. Mit Hilfe von Investitionen in Höhe von rd. 3 Mrd. US\$ habe Motorola einen Marktanteil von ca. 30% im Mobil-Telekommunikationsmarkt erreichen können, während Kodak sogar Marktführer geworden sei. Weiterhin seien Investitionen von General Motors von 1,8 Mrd. US\$ in zwei Joint-Venture-Unternehmen in

Shanghai und Shenyang geflossen, und auch Microsoft habe ein Forschungs- und Entwicklungszentrum in China aufgebaut.

Zeng betonte, dass die zukünftige wirtschaftliche Kooperation ein großes Potenzial besitze, doch müsse der Einfluss nichtökonomischer Faktoren zurückgedrängt und auftretende Probleme durch beidseitige Konsultationen auf einer gleichberechtigten Basis gelöst werden. (XNA, 14.2.02)

Die WTO bietet nunmehr den neuen Rahmen für Handelsstreitigkeiten oder sonstige wirtschaftliche Konflikte zwischen beiden Ländern. Von Seiten der USA wird stets auf das hohe Defizit im Handel mit China hingewiesen. Die USA haben dieses Defizit als Argument für eine schnelle Marktöffnung eingesetzt, auch im Agrarhandel. Derzeit drängt die amerikanische Seite darauf, dass genetisch veränderte Sojabohnen in den chinesischen Markt eingeführt werden können, der bisher dafür verschlossen ist. (FT, 21.2.02)

Zu den großen US-Unternehmen in China zählen auch Wal Mart und IBM. Die Einzelhandelskette Wal Mart hat im letzten Jahr Produkte im Wert von rd. 10 Mrd. US\$ in China eingekauft. Um den Einkauf in China weiter auszubauen, will Wal Mart in Shenzhen an der Grenze zu Hongkong ein Ankaufszentrum aufbauen. (FT, 21.2.02)

Das US-Unternehmen Dell Computer Corp. ist zwar in China im letzten Jahr der größte ausländische Verkäufer von PCs gewesen, doch auch IBM ist seit sieben Jahren in diesem Markt aktiv und will weiter expandieren. Für IBM arbeiten inzwischen in den Bereichen Forschung, Entwicklung, Produktion, Verkauf, Dienstleistungen und Leasing in Tochter- und Joint-Venture-Unternehmen 11.500 Beschäftigte, 8.500 davon in der Produktion und 3.000 in den übrigen Bereichen. (AWSJ, 4.2.02) -schü-

21 Keine Abwertung des Wechselkurses vorgesehen

In einer Rede vor der Handelskammer in Hongkong betonte Zentralbankpräsident Dai Xianglong, dass der derzeitige Wechselkurs der chinesischen